

erhöhung, widergefallen sie ebenfalls die Arbeit niederlegen wollen.

*

Arbeiterstreik in den russischen Goldbergwerken.

Petersburg, 3. April. (Vtr.-Tel.) Von zehntausend Arbeitern in den Goldbergwerken an der Lena in Ossibirien streiken seit drei Wochen 8000. Sie verlangen Einführung des Achtsundtages und eine Lohnhebung von 30 Prozent. Die Bergwerke sind fast ganz in englischen Händen.

Vor der spanisch-französischen Verständigung.

Nach einer Meldung des offiziellen „Mundo“ seien die Grundlagen für eine Verhandlung zwischen Frankreich und Spanien gefunden worden. Danach würde Spanien auf das Gebiet des Uergauflusses verzichten und an Frankreich einen breiten Landstreifen abtreten, durch den die Bahn von Tanger nach Fez geführt werden soll. Dafür würden die Spanier weitere Gelände im Norden erhalten, so dass sich die spanische Zone bis Tetuan erstrecken würde.

Der französische Protektoratsvertrag.

Die „Agence Havas“ meldet aus Fez:

Der Protektoratsvertrag erklärt, dass Frankreich und Marokko überkommen sind, ein neues Regime zu errichten. Der Vertrag erklärt sodann die Freiheit der Religion und gibt Frankreich das Recht der militärischen Beziehung unter dem Gesichtspunkte der Aufrechterhaltung der Ordnung an allen Punkten, wo es sich als notwendig erweisen sollte. Die Beziehung sei vom Sultan vorher zu ratifizieren. Der Vertrag spricht des weiteren davon, dass dem Sultan zur Aufrechterhaltung seiner Autorität Unterstützung zu gewähren sei, falls die Truppen des Generalresidenten fehl und erneut die diplomatische Vertretung Marokkos durch Frankreich. Es gibt die Grundzüge der finanziellen Neuordnung und untersagt die Aufnahme von Anleihen ohne Zustimmung der französischen Regierung. Präsident Galliérus sprach dem Sultan telegraphisch seine Glückwünsche zu dem Abschluss der Unterhandlungen aus und verheiße ihm zugleich die Unterstützung Frankreichs.

Der „Maroc“ veröffentlichte eine Unterredung seines Chefs de l'Etat mit Sultan Hassid, der unter anderem gezeigt habe:

Gewiss, Frankreich ist mächtig und könnte sein Regime mit Gewalt durchsetzen. Es würde das marokkanische Volk durch Furcht und Schrecken beeinflussen. Aber dieses Vorgehen würde den Franzosen schmerzliche Opfer an Menschen und Geld aufzuerlegen und hat der ersten Gelegenheit würde unter den Marokkanern ein Aufstand ausbrechen. Frankreich wird sich, um ein ehrwürdiges Ergebnis zu erreichen, mühslich der Vermittlung des Machten bedienen müssen.

Betrifft der Aufnahme des neuen Regimes durch die Marokkaner sagt Sultan Hassid: „Man muss einen Unterschied machen zwischen den die Ebene bewohnenden Arabern und den in den Bergen wohnenden Berberstämme. Diese werden anfangs die Aktion Frankreichs ohne entsprechenden Angriff nicht dulden, und man wird in einem Kampf mit ihnen treten müssen. Deshalb werden die Aufgaben viell. Geduld und Ausdauer erfordern.“

Derselbe Berichtsstatter meldet, die zur Zeit der

Unterschrift des Protektoratsvertrages geplanten Geschäftsauftritte seien unterblieben, weil an demselben Tage bei Sefrou ein heftiger Kampf zwischen französischen Truppen und aufständischen Stämmen stattgefunden, und man befürchtet habe, dass durch die Kanonenbeschuss in der Besetzung eine Panik hervorgerufen werden könnte.

Weiter wird folgendes gemeldet:

Paris, 3. April. (Tel.) Dem „Echo de Paris“ wurde auch der ehemalige Botschafter und jetzige Direktor der Banque Ottomane, Rovelli, der Frankreich auf der Algeciraskonferenz vertreten, als Kandidat für die Generalsekretariate des Marokko genannt.

Gloyd George

über den englischen Marineetat.

Wie wir bereits berichteten, hat Gloyd George jetzt im englischen Unterhaus das Budget eingereicht. Von besonderem Interesse sind die Ausführungen des englischen Staatsanwalts über den Marineetat. Nach einem Londoner Telegramm lautete das Stelle der Ade, die die Fortentwicklungen betrifft, im Wortlaut folgendermaßen:

Riomeno beklagte die ungewohnten Ausgaben für die Flüchtungen seien als ich. Sie sind eine Rücksicht für die nationale Taktik. Sie belegten von Staat in jeder Tätigkeit für dann jenseitige Bedürfnisse. Ganz bedeutende Werte, die so weit früher Zweck sein werden, werden diesen durch die spätere Wirtschaftsmittel — von beobachteten Gütern abgeschnitten — gewährt werden müssen. Die Kommission für die auf Beschluss des letzten Deutschen Städteages seit 1. November 1911 eingetretene Geldverwaltung wurde nun drei Mitglieder bestellt. Das Geldverwaltungsteil hat sich über alles Einvernehmen erzielt; es hat schon 110 Millionen Mark vermittelt. Ferner wurde bestimmt, dass eine Einigung an den Bundesrat zu richten wegen verhältnismäßiger Fürgung der Taschensteuer für die Zeit nachfrager Güter, die erst nach und nach in Betrieb gegeben werden und folglich nur mit Einschränkungen wie weniger als 10 Jahren verfehlt sind. Einem Antrag des Deutschen Staatsfahnenverbandes, für eine Erweiterung gegen den preußischen Reichstag über die Anlegung von Spätausgaben in Industrieprojekten anzusehen, wurde nicht entsprochen, was es mir eine Frage der verdeckten Weisung handelt.

Als ich den Finanzplan für das Jahr aufstellte, musste ich eine sehr schwierige Rücksicht in Rechnung ziehen, auf die Churchil hingewiesen hat. Was ich beobachtet, darüber Vermutungen anzustellen, wäre verfrüht. Also, was wir tun können, ist die nötige Reserve zu schaffen. Daraufhin ist mir der gesamte Überblick auf die Stärke des Staatshauses zu vermehren. Wenn es sich am Jahresende nicht als notwendig erwies, das für unsere Sicherheit notwendig ist, und solange wie ich die Ehre habe, das Amt des Staatsanwalts zu bekleiden, wird es meine Pflicht sein, alles zu tun, was ich vernünftig, die nötigen Deckungen zu finden, um jede Zweck zu durchführen.

Als ich den Finanzplan für das Jahr aufstellte, musste ich eine sehr schwierige Rücksicht in Rechnung ziehen, auf die Churchil hingewiesen hat. Was ich beobachtet, darüber Vermutungen anzustellen, wäre verfrüht. Also, was wir tun können, ist die nötige Reserve zu schaffen. Daraufhin ist mir der gesamte Überblick auf die Stärke des Staatshauses zu vermehren. Wenn es sich am Jahresende nicht als notwendig erwies, das für unsere Sicherheit notwendig ist, und solange wie ich die Ehre habe, das Amt des Staatsanwalts zu bekleiden, wird es meine Pflicht sein, alles zu tun, was ich vernünftig, die nötigen Deckungen zu finden, um jede Zweck zu durchführen.

Der Haushaltspan für 1912 wurde genehmigt und der Betrag der Städte wieder auf 1.500 Mark für je 1000 Einwohner festgelegt. Die in den vorletzten Vorhanden eingeführte Tausendstausend gab eine Übereinstimmung über die Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung. Nach der Sitzung fanden sich die Teilnehmer bei einem Mahle zusammen.

dieser hatte damals die Hoffnung, dass sich für dieses Jahr eine bedeutende Erholung und im nächsten Jahr eine noch bedeutendere würde durchführen lassen.

Aber ungünstigerweise traten Bedingungen ein, über die wir keine Kontrolle hatten, und der Staat für dieses Jahr wurde bedeutend höher, als ich in Aussicht genommen hatte. Ich fürchte, dass die Aussichten, eine Einschränkung der Ausgaben in unserem Flottenetat vorzunehmen, nicht sehr glücklich sind, und wir werden allen Grund zur Freude haben, wenn wir dieses Jahr ohne wesentliche Erhöhung der Ausgaben und im nächsten Jahr ohne eine noch größere Erhöhung werden auskommen können.

Der Vorstand des Deutschen Städteages

war am Dienstag unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kielhauer im Berliner Rathaus zusammen, um zu verschiedenen Fragen Stellung zu nehmen. Der Zugang wohnten außer dem Stadtvorstandsvorsteher Reichert und dem Direktor der Staatsbibliothek des Deutschen Städteages u. a. noch der Oberbürgermeister von Dresden, Dresden, Frankfurt a. M., Berlin, Hamburg, Karlsruhe, Mannheim, Stuttgart, Ulm, Bielefeld, Bremen, Augsburg, Düsseldorf, Bonn, Bremen, Bochum, Trier, Tübingen und Darmstadt bei.

Wegen der Belastung der Städte durch die Ausforderungen von Kongressen und Vereins-Tageungen wurde beschlossen, die 1909 aufgestellten Grundsätze allen Städten wiederum in Empfehlung zu bringen und darin zu erweitern, dass auch keine Zuschüsse — von beobachteten Gütern abgesehen — gewährt werden müssen. Die Kommission für die auf Beschluss des letzten Deutschen Städteages seit 1. November 1911 eingetretene Geldverwaltung wurde nun drei Mitglieder bestellt. Das Geldverwaltungsteil hat sich über alles Einvernehmen erzielt; es hat schon 110 Millionen Mark vermittelt. Ferner wurde bestimmt, dass eine Einigung an den Bundesrat zu richten wegen verhältnismäßiger Fürgung der Taschensteuer für die Zeit nachfrager Güter, die erst nach und nach in Betrieb gegeben werden und folglich nur mit Einschränkungen wie weniger als 10 Jahren verfehlt sind. Einem Antrag des Deutschen Staatsfahnenverbandes, für eine Erweiterung gegen den preußischen Reichstag über die Anlegung von Spätausgaben in Industrieprojekten anzusehen, wurde nicht entsprochen, was es mir eine Frage der verdeckten Weisung handelt.

Der Haushaltspan für 1912 wurde genehmigt und der Betrag der Städte wieder auf 1.500 Mark für je 1000 Einwohner festgelegt. Die in den vorletzten Vorhanden eingeführte Tausendstausend gab eine Übereinstimmung über die Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung. Nach der Sitzung fanden sich die Teilnehmer bei einem Mahle zusammen.

Deutsches Reich.

Leipzig, 3. April.

* Spionengeprozeß. Die von anderer Seite gebrachte Meinung, dass demnächst der Spionengeprozeß gegen den Fortifikationschef Schröder und seine Gehilfe, die Buchhalterin Pfleiderer, vor dem Reichsgericht zur Verhandlung kommt, entspricht insofern nicht ganz den Tatsachen, als die Sache sich noch im Stadium der Voruntersuchung befindet und an die Anlegung eines Termins auf Hauptverhandlung für die nächste Zeit nicht zu denken ist.

* Die Garnisonen für die Neuformationen im Herbst stehen definitiv noch nicht fest, jedoch wird Straßburg i. E. voraussichtlich Ort der neuen Armee-Inspektion werden. Das Generalkommando des 20. Korps kommt ziemlich sicher nach Allenstein, die 37. Division bleibt in Allenstein, die 41. soll als 5. Div. Douai-Elsau erhalten. Das 21. Korps, das durch seine Bildung Verschiebungen innerhalb der westlichen Grenztruppen hervorruft, kommt mit seinem Stab und einem Divisionsteil wahrscheinlich nach Saarbrücken; der andere Divisionsteil kommt voraussichtlich nach Saarburg.

* Zur Einrichtung der Schiffahrtsabgaben. Anlässlich der Beratung des Staatsvorstandes in der beiden ersten Räumen hat sich in den letzten Tagen der Minister des Innern Kreibert v. Bodmann über verschiedene Schiffsabfuhrziffern in hemerenswerter Weise ausgesprochen. Darüber, ob und wann die Schiffahrtsabgaben im Deutschen Reich zur Schiedung gelangen, erklärte der Minister kein Urteil zu haben. Es kommt für den Rhein-D. Rev. alles auf die Zustimmung Hollands an, und wie weit Ansatz bestünde, dass diese Zustimmung zu erreichen ist, entzieht sich der Kenntnis der badischen Regierung.

* Der deutsche Staatsbahnenverband wird im Jahre 1912 eine wesentliche Verstärkung erzielen, und zwar, wie der Minister der öffentlichen Arbeiten a. Breitenbach in der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses mitteilte, um rund 5.000. Wie die „Rote politische Correspondenz“ schreibt, würden das etwa 27.000 neue Wagen sein, um die Zahl der Wagenpark verdoppeln. Damit würde zu einem wesentlichen Teile den gestiegenen Anforderungen des Verkehrs Rechnung getragen werden können.

* Fahrpreiserhöhung im Interesse der Jugendpflege. Über die neuen Maßnahmen im Interesse der Jugendpflege, die jüngst vom preußischen Kultusminister bereits im Abgeordnetenhaus gelegentlich der Staatsberatungen erörtert worden sind, werden der „Am“ folgende Mitteilungen gemacht: Es scheinen augenscheinlich zwischen den einschlägigen Bezirksverhandlungen wegen Bewilligung von Fahrtpreiserhöhungen für Ausflüge im Interesse der Jugendpflege. Die Grundsätze nach denen vom Kultusministerium diese Fahrpreiserhöhungen in die Wege geleitet werden sollen, sind folgende: Es sollen drastische Vergünstigungen gewährt werden an Jugendabteilungen von Vereinen, die einer staatlich anerkannten und geförderten Organisation für Jugendpflege angehören. Außerdem wird die Bewilligung von dem Vorhaben einbezogen, der im Abgeordnetenhaus gelegentlich der Staatsberatungen erörtert worden sind, werden der „Am“ folgende Mitteilungen gemacht: Es scheinen augenscheinlich zwischen den einschlägigen Bezirksverhandlungen wegen Bewilligung von Fahrtpreiserhöhungen für Ausflüge im Interesse der Jugendpflege. Die Grundsätze nach denen vom Kultusministerium diese Fahrpreiserhöhungen in die Wege geleitet werden sollen, sind folgende: Es sollen drastische Vergünstigungen gewährt werden an Jugendabteilungen von Vereinen, die einer staatlich anerkannten und geförderten Organisation für Jugendpflege angehören. Außerdem wird die Bewilligung von dem Vorhaben einbezogen, der im Abgeordnetenhaus gelegentlich der Staatsberatungen erörtert worden sind, werden der „Am“ folgende Mitteilungen gemacht: Es scheinen augenscheinlich zwischen den einschlägigen Bezirksverhandlungen wegen Bewilligung von Fahrtpreiserhöhungen für Ausflüge im Interesse der Jugendpflege. Die Grundsätze nach denen vom Kultusministerium diese Fahrpreiserhöhungen in die Wege geleitet werden sollen, sind folgende: Es sollen drastische Vergünstigungen gewährt werden an Jugendabteilungen von Vereinen, die einer staatlich anerkannten und geförderten Organisation für Jugendpflege angehören. Außerdem wird die Bewilligung von dem Vorhaben einbezogen, der im Abgeordnetenhaus gelegentlich der Staatsberatungen erörtert worden sind, werden der „Am“ folgende Mitteilungen gemacht: Es scheinen augenscheinlich zwischen den einschlägigen Bezirksverhandlungen wegen Bewilligung von Fahrtpreiserhöhungen für Ausflüge im Interesse der Jugendpflege. Die Grundsätze nach denen vom Kultusministerium diese Fahrpreiserhöhungen in die Wege geleitet werden sollen, sind folgende: Es sollen drastische Vergünstigungen gewährt werden an Jugendabteilungen von Vereinen, die einer staatlich anerkannten und geförderten Organisation für Jugendpflege angehören. Außerdem wird die Bewilligung von dem Vorhaben einbezogen, der im Abgeordnetenhaus gelegentlich der Staatsberatungen erörtert worden sind, werden der „Am“ folgende Mitteilungen gemacht: Es scheinen augenscheinlich zwischen den einschlägigen Bezirksverhandlungen wegen Bewilligung von Fahrtpreiserhöhungen für Ausflüge im Interesse der Jugendpflege. Die Grundsätze nach denen vom Kultusministerium diese Fahrpreiserhöhungen in die Wege geleitet werden sollen, sind folgende: Es sollen drastische Vergünstigungen gewährt werden an Jugendabteilungen von Vereinen, die einer staatlich anerkannten und geförderten Organisation für Jugendpflege angehören. Außerdem wird die Bewilligung von dem Vorhaben einbezogen, der im Abgeordnetenhaus gelegentlich der Staatsberatungen erörtert worden sind, werden der „Am“ folgende Mitteilungen gemacht: Es scheinen augenscheinlich zwischen den einschlägigen Bezirksverhandlungen wegen Bewilligung von Fahrtpreiserhöhungen für Ausflüge im Interesse der Jugendpflege. Die Grundsätze nach denen vom Kultusministerium diese Fahrpreiserhöhungen in die Wege geleitet werden sollen, sind folgende: Es sollen drastische Vergünstigungen gewährt werden an Jugendabteilungen von Vereinen, die einer staatlich anerkannten und geförderten Organisation für Jugendpflege angehören. Außerdem wird die Bewilligung von dem Vorhaben einbezogen, der im Abgeordnetenhaus gelegentlich der Staatsberatungen erörtert worden sind, werden der „Am“ folgende Mitteilungen gemacht: Es scheinen augenscheinlich zwischen den einschlägigen Bezirksverhandlungen wegen Bewilligung von Fahrtpreiserhöhungen für Ausflüge im Interesse der Jugendpflege. Die Grundsätze nach denen vom Kultusministerium diese Fahrpreiserhöhungen in die Wege geleitet werden sollen, sind folgende: Es sollen drastische Vergünstigungen gewährt werden an Jugendabteilungen von Vereinen, die einer staatlich anerkannten und geförderten Organisation für Jugendpflege angehören. Außerdem wird die Bewilligung von dem Vorhaben einbezogen, der im Abgeordnetenhaus gelegentlich der Staatsberatungen erörtert worden sind, werden der „Am“ folgende Mitteilungen gemacht: Es scheinen augenscheinlich zwischen den einschlägigen Bezirksverhandlungen wegen Bewilligung von Fahrtpreiserhöhungen für Ausflüge im Interesse der Jugendpflege. Die Grundsätze nach denen vom Kultusministerium diese Fahrpreiserhöhungen in die Wege geleitet werden sollen, sind folgende: Es sollen drastische Vergünstigungen gewährt werden an Jugendabteilungen von Vereinen, die einer staatlich anerkannten und geförderten Organisation für Jugendpflege angehören. Außerdem wird die Bewilligung von dem Vorhaben einbezogen, der im Abgeordnetenhaus gelegentlich der Staatsberatungen erörtert worden sind, werden der „Am“ folgende Mitteilungen gemacht: Es scheinen augenscheinlich zwischen den einschlägigen Bezirksverhandlungen wegen Bewilligung von Fahrtpreiserhöhungen für Ausflüge im Interesse der Jugendpflege. Die Grundsätze nach denen vom Kultusministerium diese Fahrpreiserhöhungen in die Wege geleitet werden sollen, sind folgende: Es sollen drastische Vergünstigungen gewährt werden an Jugendabteilungen von Vereinen, die einer staatlich anerkannten und geförderten Organisation für Jugendpflege angehören. Außerdem wird die Bewilligung von dem Vorhaben einbezogen, der im Abgeordnetenhaus gelegentlich der Staatsberatungen erörtert worden sind, werden der „Am“ folgende Mitteilungen gemacht: Es scheinen augenscheinlich zwischen den einschlägigen Bezirksverhandlungen wegen Bewilligung von Fahrtpreiserhöhungen für Ausflüge im Interesse der Jugendpflege. Die Grundsätze nach denen vom Kultusministerium diese Fahrpreiserhöhungen in die Wege geleitet werden sollen, sind folgende: Es sollen drastische Vergünstigungen gewährt werden an Jugendabteilungen von Vereinen, die einer staatlich anerkannten und geförderten Organisation für Jugendpflege angehören. Außerdem wird die Bewilligung von dem Vorhaben einbezogen, der im Abgeordnetenhaus gelegentlich der Staatsberatungen erörtert worden sind, werden der „Am“ folgende Mitteilungen gemacht: Es scheinen augenscheinlich zwischen den einschlägigen Bezirksverhandlungen wegen Bewilligung von Fahrtpreiserhöhungen für Ausflüge im Interesse der Jugendpflege. Die Grundsätze nach denen vom Kultusministerium diese Fahrpreiserhöhungen in die Wege geleitet werden sollen, sind folgende: Es sollen drastische Vergünstigungen gewährt werden an Jugendabteilungen von Vereinen, die einer staatlich anerkannten und geförderten Organisation für Jugendpflege angehören. Außerdem wird die Bewilligung von dem Vorhaben einbezogen, der im Abgeordnetenhaus gelegentlich der Staatsberatungen erörtert worden sind, werden der „Am“ folgende Mitteilungen gemacht: Es scheinen augenscheinlich zwischen den einschlägigen Bezirksverhandlungen wegen Bewilligung von Fahrtpreiserhöhungen für Ausflüge im Interesse der Jugendpflege. Die Grundsätze nach denen vom Kultusministerium diese Fahrpreiserhöhungen in die Wege geleitet werden sollen, sind folgende: Es sollen drastische Vergünstigungen gewährt werden an Jugendabteilungen von Vereinen, die einer staatlich anerkannten und geförderten Organisation für Jugendpflege angehören. Außerdem wird die Bewilligung von dem Vorhaben einbezogen, der im Abgeordnetenhaus gelegentlich der Staatsberatungen erörtert worden sind, werden der „Am“ folgende Mitteilungen gemacht: Es scheinen augenscheinlich zwischen den einschlägigen Bezirksverhandlungen wegen Bewilligung von Fahrtpreiserhöhungen für Ausflüge im Interesse der Jugendpflege. Die Grundsätze nach denen vom Kultusministerium diese Fahrpreiserhöhungen in die Wege geleitet werden sollen, sind folgende: Es sollen drastische Vergünstigungen gewährt werden an Jugendabteilungen von Vereinen, die einer staatlich anerkannten und geförderten Organisation für Jugendpflege angehören. Außerdem wird die Bewilligung von dem Vorhaben einbezogen, der im Abgeordnetenhaus gelegentlich der Staatsberatungen erörtert worden sind, werden der „Am“ folgende Mitteilungen gemacht: Es scheinen augenscheinlich zwischen den einschlägigen Bezirksverhandlungen wegen Bewilligung von Fahrtpreiserhöhungen für Ausflüge im Interesse der Jugendpflege. Die Grundsätze nach denen vom Kultusministerium diese Fahrpreiserhöhungen in die Wege geleitet werden sollen, sind folgende: Es sollen drastische Vergünstigungen gewährt werden an Jugendabteilungen von Vereinen, die einer staatlich anerkannten und geförderten Organisation für Jugendpflege angehören. Außerdem wird die Bewilligung von dem Vorhaben einbezogen, der im Abgeordnetenhaus gelegentlich der Staatsberatungen erörtert worden sind, werden der „Am“ folgende Mitteilungen gemacht: Es scheinen augenscheinlich zwischen den einschlägigen Bezirksverhandlungen wegen Bewilligung von Fahrtpreiserhöhungen für Ausflüge im Interesse der Jugendpflege. Die Grundsätze nach denen vom Kultusministerium diese Fahrpreiserhöhungen in die Wege geleitet werden sollen, sind folgende: Es sollen drastische Vergünstigungen gewährt werden an Jugendabteilungen von Vereinen, die einer staatlich anerkannten und geförderten Organisation für Jugendpflege angehören. Außerdem wird die Bewilligung von dem Vorhaben einbezogen, der im Abgeordnetenhaus gelegentlich der Staatsberatungen erörtert worden sind, werden der „Am“ folgende Mitteilungen gemacht: Es scheinen augenscheinlich zwischen den einschlägigen Bezirksverhandlungen wegen Bewilligung von Fahrtpreiserhöhungen für Ausflüge im Interesse der Jugendpflege. Die Grundsätze nach denen vom Kultusministerium diese Fahrpreiserhöhungen in die Wege geleitet werden sollen, sind folgende: Es sollen drastische Vergünstigungen gewährt werden an Jugendabteilungen von Vereinen, die einer staatlich anerkannten und geförderten Organisation für Jugendpflege angehören. Außerdem wird die Bewilligung von dem Vorhaben einbezogen, der im Abgeordnetenhaus gelegentlich der Staatsberatungen erörtert worden sind, werden der „Am“ folgende Mitteilungen gemacht: Es scheinen augenscheinlich zwischen den einschlägigen Bezirksverhandlungen wegen Bewilligung von Fahrtpreiserhöhungen für Ausflüge im Interesse der Jugendpflege. Die Grundsätze nach denen vom Kultusministerium diese Fahrpreiserhöhungen in die Wege geleitet werden sollen, sind folgende: Es sollen drastische Vergünstigungen gewährt werden an Jugendabteilungen von Vereinen, die einer staatlich anerkannten und geförderten Organisation für Jugendpflege angehören. Außerdem wird die Bewilligung von dem Vorhaben einbezogen, der im Abgeordnetenhaus gelegentlich der Staatsberatungen erörtert worden sind, werden der „Am“ folgende Mitteilungen gemacht: Es scheinen augenscheinlich zwischen den einschlägigen Bezirksverhandlungen wegen Bewilligung von Fahrtpreiserhöhungen für Ausflüge im Interesse der Jugendpflege. Die Grundsätze nach denen vom Kultusministerium diese Fahrpreiserhöhungen in die Wege geleitet werden sollen, sind folgende: Es sollen drastische Vergünstigungen gewährt werden an Jugendabteilungen von Vereinen, die einer staatlich anerkannten und geförderten Organisation für Jugendpflege angehören. Außerdem wird die Bewilligung von dem Vorhaben einbezogen, der im Abgeordnetenhaus gelegentlich der Staatsberatungen erörtert worden sind, werden der „Am“ folgende Mitteilungen gemacht: Es scheinen augenscheinlich zwischen den einschlägigen Bezirksverhandlungen wegen Bewilligung von Fahrtpreiserhöhungen für Ausflüge im Interesse der Jugendpflege. Die Grundsätze nach denen vom Kultusministerium diese Fahrpreiserhöhungen in die Wege geleitet werden sollen, sind folgende: Es sollen drastische Vergünstigungen gewährt werden an Jugendabteilungen von Vereinen, die einer staatlich anerkannten und geförderten Organisation für Jugendpflege angehören. Außerdem wird die Bewilligung von dem Vor